

Bierstädter Zeitung

Amtsblatt — Anzeiger für das blaue Vändchen

Erscheint 3 mal wöchentlich
Dienstags, Donnerstags und Samstags
Bezugspreis monatlich 50 Pfg., durch die Post
:: vierteljährlich Mk. 1.50 und Beleggeld. ::

(Umfassend die Ortschaften: Auringen, Breckenheim, Deikenheim,
Diedenbergen, Erbenheim Heßloch, Igstadt, Kloppenheim, Massenheim,
Medenbach, Nauröb, Nordenstadt, Rambach,
Sonnenberg, Wallau, Wildbachsen.)

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinstmögliche
Pretzelle oder deren Raum 20 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen in der
:: : : Postzeitungsliste unter Nr. 110 a. :: : :

Redaktion und Geschäftsstelle :: Bierstadt, Ecke Moritz- und Köberstraße. :: Fernruf 2027. :: Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze in Bierstadt

Nr. 6.

Dienstag, den 15. Januar 1918.

18. Jahrgang.

Von den Fronten.

Großes Hauptquartier, 13. Jan. Amtl. (W.D.)

Deutscher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Deftlich und nordöstlich von Armentières, wie in der Gegend von Lens war die englische Artillerietätigkeit tagsüber sehr; auch in den anderen Abschnitten lebte sie vorübergehend auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: An vielen Stellen der Front Artilleriekampf. Starke französische Abteilungen, die nördlich von Reims, in der Champagne und nordöstlich von Voucourt zur Erkundung vorstießen, wurden im Nahkampf zurückgeworfen. Südwestlich von Ornes brachte ein eigenes Unternehmen Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht: Auf den östlichen Maasböden und in den mittleren Vogesen zeitweise erhöhte Feuerintensität.

In zahlreichen Luftkämpfen wurden gestern 6 feindliche Flugzeuge und 3 Fesselballone abgeschossen.

Deutscher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Russische und Italienische Front

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Der Krieg zur See.

Neue Erfolge der U-Boote.

Neue U-Boot-Erfolge im westlichen Teil des Sperrgebietes um England: 19 000 Tonn Brutto registriert. In küstennaher und geschützter durchgeführter Angriffen schoss eines der U-Boote vier erheblicher feindlicher Gegenstände vier große Dampfer aus stark gesicherten Geleitzügen heraus. In einem nächsten Angriff auf einen starken Geleitzug gelang es dem U-Boot durch schneidigen Rammangriff einen feindlichen U-Boot-Zerstörer derart zu beschädigen, daß dessen Verlust mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist. Das U-Boot nahm hierbei außer einer leichten Beschädigung am Bug keinerlei Schaden.

Die englische Schifffahrt klagt in letzter Zeit in steigendem Maße über die Verluste. Der Geschäftsführer der London American Maritime Trading Company erklärte kürzlich auf der Generalversammlung der Gesellschaft, daß von den unter seiner Leitung stehenden 14 Dampfern nicht ein einziger sei, welcher nicht mit dem Feinde zu tun gehabt habe. Die Gesellschaft habe eine große Anzahl von Schiffen im Laufe des Jahres verloren. Auf der Jahresversammlung der Witte Shipping Company erklärte der Vorsitzende, daß zweieinhalb Jahre lang die Schiffe der Gesellschaft verhältnismäßig frei von Verlusten, durch den Feind gemessen seien. Im Jahre 1917 seien dagegen sieben Dampfer verloren gegangen. Wie man in englischen Marinekreisen über den jetzigen Stand der U-Boot-Gefahr denkt, ergibt sich aus einem Artikel des „Nautical Magazine“ (Dezembernummer), in welchem gesagt wird, daß ein Schiff unter Umständen, die nicht dauernd dieses Glück, denn die Unterseebootbedrohung habe sich kürzlich erheblich verstärkt. Das zurzeit angewandte Periscope sei kleiner als bisher und schwieriger zu sehen. Das Ergebnis unserer Verfehlungen gibt diesen düsteren Stimmen allerdings recht.

Untergang eines englischen Torpedojägers.

Die englische Admiralität teilt mit: Der Torpedojäger „Raccoon“ lief an der Nordküste von Irland am 8. Januar während eines Schneesturms auf die Felsen auf und ging mit der ganzen Besatzung verloren. 22 Leichen wurden aufgefunden.

Trotsky verlangt Schimpffreiheit

— Bresl. Litowsk. 12. Jan.

Eine neue Vollziehung der Friedenskonferenz fand am Sonnabend in Bresl-Litowsk statt. Den ersten Teil des Sitzungsberichts füllten die Erklärungen der Parteien über die Anerkennung der ukrainischen Gesandten als bevollmächtigte Vertretung der selbständigen ukrainischen Volksrepublik.

Dann kam General Hofmann nochmals auf die russische Revolutionspropaganda zu sprechen, die sich bekanntlich u. a. darin äußerte, daß man ganze Eisenbahnschienen mit Aufrufen zur Revolution an die deutsche Front geschickt hat. Herr Trotsky erklärte in der letzten Sitzung nicht zu verstehen, warum die beanstandeten Funksprüche und Veröffentlichungen gegen den Geist des Waffenstillstandes verstoßen. Darauf antwortete jetzt General Hofmann:

Am Kopf des Waffenstillstandsvertrages stünden die Worte „zur Herbeiführung eines dauerhaften Friedens“.

Er entgegnete, die gesamte deutsche Presse sei in Bresl-Litowsk zugelassen, und zwar auch jene, welche den Äußerungen der russischen reaktionären Kreise entsprach, und die dem Standpunkte der Regierung der Bolschewiki zustimmte. Es herrsche also vollkommene Parität in dieser Sache, die mit dem Waffenstillstandsvertrage nichts zu tun habe.

General Hofmann entgegnete hierauf, daß sein Protest sich nicht gegen die russische Presse gerichtet habe, sondern gegen offizielle Regierungen. Kundgebungen und offizielle Propagandatätigkeit die mit der Unterschrift des Oberkommandierenden Scheitern verfehlen sei. Der Oberbefehlshaber Ost und der Staatssekretär des Auswärtigen betrieben keine ähnliche Propaganda.

Herr Trotsky erwiderte hierauf, daß die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages keine Beschränkung für die Äußerung der Meinung der Bürger der russischen Republik oder ihrer regierenden oder leitenden Kreise enthielten oder enthalten könnten.

Staatssekretär v. Kühlmann stellte zu den Bemerkungen des Vorsitzenden der russischen Delegation fest, daß die Nichtteilnahme in die russischen Beziehungen ein feststehender Grundsatz der deutschen Regierung sei, der aber natürlich volle Gegenseitigkeit erfordere.

Herr Trotsky entgegnete, die Parteien, die der russischen Regierung angehören, würden es als einen Schritt vorwärts anerkennen, wenn die deutsche Regierung sich frei und offen über ihre Ansichten bezüglich der inneren russischen Verhältnisse äußern würde, insofern sie dies für notwendig erachten würde.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Der heilige Krieg der Revolution.

Was schon Trotsky, bevor er nach Bresl-Litowsk ging, in Neben anführte: einen neuen Krieg der Revolution gegen Deutschland, wenn es unannehmbar Bedingungen stelle, damit sucht jetzt eine Petersburger Neutermelung die Mittelkräfte zu sprengen. Es wird berichtet, Krylenko, der russische Oberbefehlshaber, der nach anderen Meldungen aber den Oberbefehl schon niedergelegt haben soll, vorbereitete einen Aufruf zum heiligen revolutionären Krieg gegen das russische, deutsche, englische und französische Bürgertum. Er forderte alle Regimenter, Bataillone und Kompanien auf, in ein neues Heer einzutreten. Wie könnte dieser Totengräber der Diktatur ein schlagfertiges neues Heer schaffen?

Luftangriffe auf deutsches Heimatgebiet.

Im Monat Dezember hat der Gegner 13 Luftangriffe auf das deutsche Heimatgebiet unternommen. Sechs Angriffe galten dem lothringisch-saarländischen Industriegebiet, sieben Angriffen der Stadt Freiburg sowie anderen Städten in Baden, den Städten Mannheim, Saarbrücken und Zweibrücken. Bis auf eine Betriebsstörung, die durch einen Bombentreffer in die Gasleitung eines Eisenerwerkes verursacht wurde, war das Ergebnis der Angriffe bedeutungslos. Der Schaden an privatem Eigentum war im ganzen gering. Durch die Angriffe wurden 7 Personen getötet und 31 verletzt, darunter französische Kriegsgefangene. Ein feindliches Flugzeug wurde innerhalb des deutschen Heimatgebietes, ein anderes jenseits der Linien abgeschossen.

Der Sieg des Frauenstimmrechts.

Nachdem beide Parlamente in England sich für die Einführung des Frauenstimmrechts ausgesprochen haben, hat sich jetzt auch in den Vereinigten Staaten das Repräsentantenhaus mit 272 gegen 136 Stimmen dafür erklärt.

:: Der Kronprinz beim Kaiser. Der Kaiser empfing am Sonnabend morgen den Kronprinzen. Für Sonntag war ein Kronrat in Aussicht genommen.

:: Der Schleichhandel der industriellen Werke. In Berlin besprachen Vertreter der zuständigen Behörden und der Industrie den Schleichhandel der industriellen Werke. Die bisherige Praxis eines großen Teiles der Betriebe muß zu einem Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft führen. Es tritt jetzt an die Stelle der Versorgung aus dem Schleichhandel eine Beförderung der industriellen Arbeiterkraft durch die Behörden. Dies hat aber die sofortige Unterdrückung des Schleichhandels zur Voraussetzung. Eine Besprechung mit Vertretern der Arbeiterkraft über die gleiche Angelegenheit wird in der nächsten Woche im Kriegsministerium stattfinden.

Der Vorwärts veröffentlicht einen neueren Beschluß der zuständigen Groß-Berliner Regierungsstellen, wonach den Gemeinden Höchstpreisübersteigerungen bis zu einem bestimmten Termin weiter gestattet sein sollen. Die Verfolgung Neubau und anderer schuldiger Gemeinden unterbleibt.

Eine Kundfrage nach den Nahrungsvorräten ist an die Provinzialstellen ergangen. Wir müssen in den nächsten Monaten auf die Vorräte zurückgreifen.

Zulagen zur Invalidenrente.

Durch eine Bekanntmachung vom 3. Januar 1918 hat der Bundesrat bestimmt, daß vom 1. Februar ab bis zum 31. Dezember 1918 den Empfängern einer reichsgesetzlichen Invalidenrente eine monatliche Zulage von 8 M., Empfängern einer Witwen- oder Witwerrente eine monatliche Zulage von 4 M. gewährt wird. Das Reich schießt die erforderlichen Beträge den Versicherungsträgern zinslos vor und erhält sie von ihnen in zehn gleichen Teilbeträgen in den Jahren 1919 bis 1928 zurück.

Die vom Bundesrate getroffene Regelung geht auf verschiedene Anregungen des Reichstages, den bei

der gegenwärtigen Verteuerung des Lebensunterhaltes in Bedrängnis geratenen Rentenempfänger zu helfen. Bei der bereits im Frühjahr 1917 im Hauptausschuß des Reichstages gefaßten Entscheidung war eine Unterstützung der Rentenempfänger nur im Fall der Bedürftigkeit vorgesehen. In seiner Entscheidung vom Oktober 1917 wünschte der Reichstag eine erweiterte Fürsorge aus Mitteln des Kriegsfonds für die Jahre 1917 und 1918 für alle Rentenempfänger. Der ersagten Entscheidung ist durch ein Rundschreiben des Reichstages an die Bundesregierungen entsprochen worden, worin ihnen nahegelegt wurde, überall da, wo eine durch Kriegsverhältnisse gebotene Zulage zu den Renten aus der sozialen Versicherung erforderlich sein sollte, auf dem Wege der gemeindlichen Kriegswohlfahrtspflege helfend einzugreifen.

Nachdem sich gezeigt hat, daß auf diesem Wege eine wirksame Hilfe für die Rentenempfänger nicht überall zu erreichen war, ist die erweiterte Fürsorge zunächst für Empfänger von Invaliden-, Witwen- und Witwerrenten aus der Invalidenversicherung durch eingangs genannte Bekanntmachung eingeleitet worden.

Die neue Fürsorge ist zeitlich beschränkt worden; sie soll nur für die 11 Monate vom Februar bis Dezember 1918 gewährt werden. Maßgebend für diese Begrenzung war der Umstand, daß die Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 erlassen werden mußte, da die Regelung der Fürsorge durch ein Gesetz naturgemäß eine längere Zeit in Anspruch nimmt, die gegenwärtigen Preisverhältnisse jedoch eine schnelle Abhilfe bei unter den Rentenempfängern beobachteten Notständen erforderten. Die verbandeten Regierungen waren sich aber von vornherein klar, daß bei den niedrigen Renten der Invalidenversicherung eine Weitergewährung der Zulage in irgend einer Form auch über den 31. Dezember 1918 nicht zu umgehen sein würde. Die erheblichen Mittel jedoch, die für eine solche erweiterte Fürsorge erforderlich sind, können weder vom Reich vorgeschossen, noch von den Versicherungsträgern aus den bisherigen Beiträgen oder ihrem angesammelten Vermögen aufgebracht werden. Hierzu sind neue Beiträge nötig, die durch eine Veränderung der Beitragssätze im vierten Buch der Reichsversicherungsordnung eingeführt werden müssen. Die gesetzliche Regelung wird, wenn die erweiterte Fürsorge ohne Unterbrechung über den 31. Dezember 1918 fortbestehen soll, noch im Laufe des ersten Halbjahres 1918 zu treffen sein.

Die hohen Kosten der durch die Bekanntmachung vorgesehenen Leistungen — sie sind auf rund 9 Millionen Mark monatlich veranschlagt — verbieten es, die Fürsorge für zurückliegende Zeiten eintreten zu lassen. Dazu würden noch verwaltungstechnische Schwierigkeiten getreten sein. Bei der jetzt vorgesehenen Regelung wird die Zulage ohne Anweisung des Versicherungsträgers bezahlt. Der Berechtigte besorgt sich eine Quittung über die Zulage — in der Regel erhält sie bei derjenigen Stelle, welche die Bescheinigungen auf der Rentenuittung erteilt — und bekommt daraufhin von der Post die Zulage ausgezahlt. Jede Zahlung für zurückliegende Zeiten wäre ohne Mitwirkung der Versicherungsträger nicht möglich, da sie allein auf Grund ihrer Rentenlisten die Bezugsdauer der Zulage einwandfrei feststellen können. Die Versicherungsträger hätten alsdann den Berechtigten einen Bescheid zu erteilen und die Post zur Zahlung anzuweisen, eine Arbeit, die für mehr als eine Million Rentenempfänger geleistet werden müßte. Dazu sind die Versicherungsträger bei dem großen Mangel an Hilfskräften außerstande.

Diese Rücksichtnahme auf die Verwaltungsschwierigkeiten der Versicherungsträger hat auch dazu geführt, den Personalfreis, dem die Fürsorge zuteil werden soll, auf Invaliden-, Witwen- und Witwerrentenempfänger zu beschränken, da sie in erster Linie unter der Verteuerung leiden und bei ihnen die Durchföhrung der erforderlichen Maßnahmen am einjagsten zu erreichen war. Für Empfänger von Alters- und Familien-

renten wird im Falle eines Bedarfs die gemeinliche Kriegsvorbereitung eintreten können.

Was die Ausbringung der Kosten für die Zulage betrifft, so ist bemängelt worden, daß sie nicht allein vom Reich getragen werden, sondern auf die Versicherungsträger abgewälzt seien. Dem ist entgegenzuhalten, daß die Finanzierung des Reiches es nicht gestattet, für einen Bruchteil der Bevölkerung hohe Lasten zu übernehmen. In der Sitzung des Reichstags vom 11. Oktober 1917 hat ein Vertreter der Reichsfinanzverwaltung darauf hingewiesen, daß allein die vom Reichstage in seiner letzten Tagung geforderten Forderungsmagnahmen einen jährlichen Aufwand von mehr als zwei Milliarden Mark erfordern würden. Es ist aber auch nicht richtig, daß das Reich die Aufwendungen für die Zulage auf die Versicherungsträger abwälzt.

Das Reich stellt vielmehr die erforderlichen Mittel kostenlos zur Verfügung und erhält seine Ausgaben in Zehnteln zurück; es hat also einen nicht unbeträchtlichen Zinsverlust. Nimmt man den Zinsfuß zu dem das Reich die Mittel für die Vorschusszahlungen der Post ausbringen hat, nur zu 5 vom Hundert an, so verliert das Reich bis zur Rückzahlung des letzten Zehntels rund 25 Millionen Mark, beteiligt sich also an den Aufwendungen für die Invalidenversicherung außer den 100 Millionen Mark für den Reichszuschuß mit einem recht erheblichen Betrage.

Durch die Zurückzahlung in Zehnteln ist der nicht günstigen Vermögenslage einiger Versicherungsträger hinreichend Rechnung getragen. Durch die vorüberwiegend im Jahre 1919 eintretende, bei der Höhe der zu übernehmenden Lasten nicht unerhebliche Beitragsrückzahlung wird es den Versicherungsträgern leicht möglich sein, die Zehntel aus den laufenden Beitrags-einnahmen zu erstatten.

Reiseverkehr und Kriegsführung

Immer wieder muß eindringlich darauf hingewiesen werden, daß eine erfolgreiche Kriegsführung sich nur auf der Grundlage eines leistungsfähigen Verkehrs wegens ermöglichen läßt. Die gewaltigen Erfolge der Mittelmächte beruhen zum guten Teil auf ihrem weitverbreiteten, vortrefflich ausgebauten Eisenbahnnetz, das es ermöglichte, im Bedarfsfalle Truppenmassen und Kriegsbedarf blitzschnell von einem Kriegsschauplatz auf den anderen zu werfen. Aber auch die innere Front steht und fällt mit der Aufrechterhaltung des in Kriegszeiten aufs äußerste in Anspruch genommenen Eisenbahnbetriebes. Unsere Kriegswirtschaft und Rüstungsindustrie, unsere Volksernährung einschließlich der Kohlenversorgung müßten in vorhängnisvollem Umfange in Frage gestellt werden, gelänge es nicht, den Güterverkehr, der die Heimat mit Rohstoffen, Lebensmitteln und Kohlen versorgt, im erforderlichen Maße aufrechtzuerhalten. Da ist denn die größtmögliche Einschränkung des Personenverkehrs ein dringendes Gebot. Die Eisenbahnbehörden haben bereits entsprechende Maßnahmen getroffen, die am 13. Januar in Kraft getreten sind, mit dem ausschließlichen Zweck, in größerem Umfange als bisher Maschinen, Personal und Strecken durch Ausfall von Personenzügen freizumachen und die Abwicklung des Güterverkehrs, dem unbedingt der Vorrang gebührt, nach Möglichkeit zu fördern.

Alle behördlichen Maßnahmen bleiben aber Stückwerk, wenn nicht jeder einzelne sich den Ernst der Sachlage klar macht und durch freiwillige Opfer dazu beiträgt, die Schwierigkeiten verständnisvoll vermindern zu helfen. Es beruht über die Einschränkung des Reiseverkehrs in der Öffentlichkeit vielfach falsche Anschauungen. Nicht um lediglich Kohlen oder Betriebsmaterial zu sparen, ist die Eisenbahnverwaltung gezwungen, den Privatreiseverkehr zu vermindern, sondern weil es jetzt im vierten Kriegswinter, wo noch zudem die Wassertransportwege nur sehr beschränkt nutzbar sind, von größter Wichtigkeit ist, Kohlen, Lebensmittel und Rohstoffe in genügender Menge heranzuschaffen, damit die Heimat nicht nur selbst durchhalten, sondern auch dem kämpfenden Heer alles herstellen und heransführen kann, was dieses an Munition, Waffen und Kriegsgut braucht.

Wer jetzt noch Privatreisen unternimmt, die nicht ganz unentbehrlich und dringlich sind, versündigt sich am Vaterlande, dem er die Mittel zum Durchhalten und zum Siege verläßt und beeinträchtigt. Wenn jeder Deutsche sich klarmachen wollte, daß er durch den Verzicht auf eine nicht unbedingt notwendige Reise mit der Eisenbahn so und soviel Frachtraum für die Allgemeinheit freimacht, der dieser in erhöhter Zufuhr an unentbehrlichen Lebensgütern zugute kommt, dann brauchen wir im Kampfe gegen äußere und innere Feinde keine Schwierigkeiten nicht zu befürchten.

1918 kann Uncle Sam nicht helfen

Die Leistungsfähigkeit des amerikanischen Schiffbaues. Der amerikanische Marinesekretär Daniels sagte der „New York Times“ vom 14. Dezember zufolge in seiner Rede zu New York: „Die Leistungsfähigkeit unserer Werften im ganzen Lande ist vergrößert, in einigen Fällen verdreifacht worden.“

Diese Angaben lassen einige Rückschlüsse auf die tatsächliche Leistungsfähigkeit des amerikanischen Schiffbaues zu. Nach einer Meldung des „New York Times“ hat der Leiter des englischen Schiffbauamtes am 29. September der „Associated Press“ zufolge sich in einer Erklärung über die Schiffbaufrage dahin ausgesprochen, das Bauprogramm der Vereinigten Staaten müsse groß genug sein, um die Vernichtung zu übertreffen, selbst wenn es 6 Millionen Tonnen im Jahre bedeute, d. h. dreimal soviel wie England bisher geleistet hat, oder zehn- bis elfmal so viel, wie die Vereinigten Staaten bisher gebaut haben.

Wenn nach der Angabe des amerikanischen Marinesekretärs Daniels die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Werften nur „verdoppelt oder in einigen Fällen verdreifacht“ wurde, so besagt dies, daß

die amerikanischen Werften jährlich nur etwa ein Sechstel oder etwas mehr von den 6 Millionen Tonnen leisten, die der Leiter des englischen Schiffbauamtes als unbedingt erforderlich bezeichnete. Dazu kommt, daß er die jährliche Vernichtungszahl durch die deutschen U-Boote mit 6 Millionen erheblich zu niedrig angegeben hat, da das Ergebnis allein im Jahre 1917 über 9 Millionen Tonnen betragen hat, und auch in Zukunft, wo die Bissen natürlich heruntergehen müssen, nachdem ein erheblicher Teil der Welttonnage

dem deutschen U-Boot-Krieg zum Opfer gefallen ist, und gerade das Sperrgebiet um England schwächer besetzt wird, die Summe von 6 Millionen Tonnen vermutlich übersteigen wird. Selbst nach den zweifellos nicht zu niedrig gegriffenen Angaben des amerikanischen Marinesekretärs Daniels wird man daher feststellen können, daß der amerikanische Schiffbau nur etwa 20 Prozent des jährlich dem deutschen U-Boot-Krieg zum Opfer fallenden Schiffsraumes ersetzen kann.

Die besonnenen Blätter in den Vereinigten Staaten, wie der Bostoner „Monitor“, lenken übrigens die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung immer wieder auf den beunruhigenden Stand der Schiffbaufrage. Das Schiffbauamt in Washington belohnt freiwillig, daß der Schiffbau in allen Teilen der Vereinigten Staaten infolge des Arbeitermangels weit hinter den Erwartungen zurückbleibt. Heute herrscht dringende Nachfrage nach nicht weniger als 400 000 Schiffbauarbeitern aller Art. 200 000 Mann arbeiten in den einschichtigen Werften. Das Schiffbauamt sieht sich nun genötigt, Vord Northcliffe darin recht zu geben, daß die Vereinigten Staaten nicht in der Lage sein werden, vor dem Jahre 1919 die erforderlichen sechs Millionen Tonnen an Handelschiffen fertigzustellen.

Der Krieg zur See.

5 größere Dampfer.

Bei starker Bewachung und unter starker Gegenwirkung, die vielfach auch durch feindliche Luftschiffe ausgedrückt wurde, versenkten unsere U-Boote im Narmekanal und an der englischen Küste fünf größere Dampfer. Die Mehrzahl der Schiffe war tiefbeladen und bewaffnet.

Die Besprechung der Frachtraumfrage in der englischen Presse konzentriert sich der Sachlage entsprechend mehr und mehr auf die Frage der Neubauten, während die Bedeutung des neutralen Frachtraums und der Zuwachs durch die beschlagnahmte deutsche Handels-tonnage in den Hintergrund treten. „Daily Telegraph“ stellte vor einiger Zeit fest, daß wahrscheinlich trotz aller Prophezeiungen nur 1 Million Tonnen Frachtraum im Jahre 1917 fertiggestellt worden sei. Selbst wenn man diese Riffer auf 1½ Millionen Tonnen erhöht, entspricht sie nicht annähernd den englischen Erwartungen. Ein englisches Fachblatt vom 20. Dez. auszugehen, daß erst die Oktober-Novemberleistung im Handelschiffbau die monatliche Durchschnittshöhe von 1913 erreicht habe, sodaß man von nun ab mit einem Jahreszuwachs von 2 Millionen Tonnen rechnen könne. Am 27. Dez. schreibt das „Journal of Commerce“: Wir wundern uns nicht darüber, daß man uns sagt, der Bau von Handelschiffen werde von jetzt ab in sehr beschleunigtem Tempo weiter gehen. Die Unannehmlichkeit ist in diesem Falle und in anderen ähnlichen Fällen, die mit dem Schiffbau zusammenhängen, daß die Verwirklichung der Dinge, die wir zu sehen wünschen, immer der Zukunft anheim gestellt wird. Beständig sagt man uns, daß nunmehr der wunderbare Wechsel in der Lage eintreten wird. Auch die Enttäufung über das Winkeln des amerikanischen Schiffbauprogramms kommt in der englischen Presse wieder lebhaft zum Ausdruck. Das Geständnis des Premierministers Lloyd George, daß er sich bezüglich der Ueberweisung amerikanischen Frachtraums an England geirrt habe, und daß infolgedessen seine Berechnungen eine Verringerung erfahren hätten, wird peinlich empfunden.

Von den Fronten.

Großes Hauptquartier, 14. Jan. (WZB.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Die Feuer-tätigkeit blieb tagsüber meist auf Störungsfeuer beschränkt. In einzelnen Abschnitten, besonders bei der West von Lens, war sie am Abend gesteigert. Aufklärungsabteilungen drangen südlich von Armentières und nördlich von La Bœquerie in die englischen Gräben und machten Gefangene.

Heeresgruppen Zentner Kronprinz und Herzog Albrecht: Abgesehen von erfolgreichen Erkundungsgefechten in der Gegend von Juvincourt und auf dem Westufer der Maas verlief der Tag ohne besondere Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Bestand vom Ljapko-See, am Dobropolje und südwestlich vom Dojran-See Artillerietätigkeit.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Allgemeine Kriegsnachrichten.

Luftkampf-Erfolge im Dezember.

Im Monat Dezember haben unsere Gegner durch die Tätigkeit unserer Kampfmittel auf allen Fronten im ganzen 119 Flugzeuge und 9 Ballone verloren. Wir haben 82 Flugzeuge und 2 Ballone eingebüßt; davon sind 57 Flugzeuge jenseits der Linien verblieben, während die anderen 25 über unserem Gebiet verloren gingen. Auf die Westfront allein entfallen von den 119 außer Gefecht gesetzten feindlichen Flugzeugen 101, von den 82 deutschen 74. An der italienischen Front haben wir 17 feindliche Flugzeuge abgeschossen und 6 eigene eingebüßt. Im einzelnen sieht sich die Summe der feindlichen Verluste folgendermaßen zusammen: 82 Flugzeuge wurden im Luftkampf 30

durch Flugabwehrschüsse, 1 durch Artillerie abgeschossen, 5 landeten unfreiwillig hinter unseren Linien. Von diesen Flugzeugen sind 47 in unseren Besitz, 72 jenseits unserer Linie erkennbar abgestürzt.

Der Pariser Funkpruch vom 8. Jan. nachmittags meldet, daß die Franzosen im Dezember 1917 74 deutsche Flugzeuge abgeschossen haben, und sagt u. a. wörtlich: „Von diesen scheinen 35 Flugzeuge, die in ihren Linien niedergingen, vernichtet zu sein, doch konnte hierüber keine abschließende Feststellung gemacht werden.“ Demgegenüber werden die französischen Verluste auf 20 Flugzeuge, davon 13 über ihren eigenen Linien abgeschossen, und 1 Fesselballon angegeben. Tatsächlich beliefen sich die deutschen Verluste auf dem französischen Teil der Westfront im Dezember 1917 auf 9 Flugzeuge dieses und 22 jenseits, während die französischen Verluste nicht 20, sondern 44 Flugzeuge betragen, von denen nicht 13, sondern 36 nach einwandfreier Feststellung jenseits abstürzten; nicht 1, sondern 3 Fesselballone wurden abgeschossen. Die Tatsache, daß der französische Bericht die 35 deutschen Flugzeuge, deren Abschluß nach seinem eigenen Eingeständnis nicht sicher war, unbedenklich als deutsche Verluste berechnet, kennzeichnet seine Glaubwürdigkeit zur Genüge.

Der bayerische Flieger-Leutnant Max Müller.

Ritter des Ordens „Pour le mérite“, ist bei der Jagdstaffel Boelle in der Nähe von Cambrai nach seinem 38. Aufstieg infolge Flugzeugfehlers tödlich verunglückt und so, unbefleckt, für das Vaterland gefallen.

Leutnant Max Müller stammte aus Niederbayern und war ehemals ein Klempnergehilfe. Bei Kriegsausbruch wieder eingezogen, ging er zur Fliegertruppe über. Auf einstimmigen Vorschlag seines Offiziers zum Bizefeldwebel befördert und zum Offiziersstellvertreter ernannt, wurde er in den ersten Tagen des September 1917 wegen hervorragender Tapferkeit vor dem Feinde vom König von Bayern zum aktiven Offizier im Fliegerbataillon befördert.

Gefangenen-Austausch.

In dem holländischen Hafen Rotterdam erfolgte am Sonntag die Ausschiffung der im Austausch gegen englische Kriegsgefangene gestern Abend aus England eingetroffenen deutschen Offiziere und Mannschaften. Die niederländische Regierung war durch den Minister des Auswärtigen, London, vertreten. Auch der Vorsitzende des Kriegsgefangenen-Ausschusses, Handelskammerpräsident de Moench, war zugegen.

Von ihren eigenen Landsleuten getötet oder verwundet.

Die Zahl der bei feindlichen Artillerie- oder Fliegerangriffen getöteten und verwundeten Einwohnern der besetzten Gebiete in Frankreich und Belgien hat sich im November und Dezember 1917 wieder beträchtlich erhöht. Es wurden in diesem Zeitraum getötet 35 Männer, 45 Frauen und 27 Kinder und verletzt 27 Männer, 55 Frauen und 15 Kinder. Nach den Zusammenstellungen der „Gazette des Ardennes“ sind nunmehr seit dem September 1915, also innerhalb der letzten 24 Monate, insgesamt 4023 friedliche französische und belgische Einwohner Opfer der Gräueltaten ihrer eigenen Landsleute oder der Verbündeten Frankreichs geworden.

Die Indier verlangen das Selbstbestimmungsrecht.

Die englischen Blätter vom 8. Januar melden aus Kalkutta: Die Moslem-Liga für ganz Indien veranlaßt hat heute hier. Sie trat der Entschließung des Nationalkongresses bei, in der auf die Notwendigkeit eines parlamentarischen Status zur Einführung einer völlig verantwortlichen Regierung bestanden wird. Die Liga fordert außerdem besondere Schutzmaßnahmen für den mohammedanischen Glauben. Eine andere Entschließung wurde angenommen, in der kräftig gegen die Internierung des Präsidenten der Liga, Mohammed Ali, Einspruch erhoben wurde.

Das indische Nationalkomitee, das sich in Stockholm aufhält, hat sich mit Sympathie-Reden an die ukrainische Nationalversammlung, die „Rada“, gewandt.

Beschlagnahme deutschen Eigentums in Brasilien.

Nach einer Neutermeldung des „Temps“ aus Rio de Janeiro hat die Stadt Sao Paulo die Magazine des großen deutschen Hauses Theodor Wille für ihre Kaffee-lager beschlagnahmt. Dieser Maßnahme fügt der französische „Temps“ hinzu: „Kennzeichnend ist die von den herrschenden brasilianischen Bundesstaaten gegen den deutschen Handel eingenommene Politik. Sie ist auch eine Folge des neuen französisch-brasilianischen Abkommens.“ — Nach dem Kriege mögen die Brasilianer ihren Kaffee selber trinken oder ihn verkaufen lassen. Wir danken.

Baribadisches „Minderwertigen“-Korps.

Beppino Baribaldi, der in der italienischen Armee den Rang eines Oberstleutnants bekleidet, hat die Bildung und Führung eines neuen Freikorps übernommen. Seine Freischar soll sich ausschließlich aus jenen Studenten der italienischen Universitäten zusammensetzen, die als minderwertig bisher vom Militärdienst befreit waren.

Ältere, Germania:

„Angenehme Schlafburchen“.

Die Staatsangehörigen eines „lieben“ Verbündeten sind für Uncle Sam keine „angenehmen Schlafburchen“. In Washington mußten hundert italienische Arbeiter verhaftet werden, die einer angeblich 200 000 Mitglieder in den Vereinigten Staaten bestehenden anarcho-sozialistischen Genossenschaft angehören. Italienische Arbeiter in den Vereinigten Staaten sollen unter sich ausgelost haben, wer den König von Italien und wer den Präsidenten Wilson ermorden solle.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der erbeutete englische Tank, der am Berliner Zoo ausgestellt ist, wurde von einer Abordnung schwedischer Offiziere besichtigt.

Politische Rundschau.

— Berlin, 14. Januar.

:: Nur noch 40 Prozent Tabak. Laut Beschluß des Arbeiterausschusses der Deutschen Tabakhandels-Gesellschaft und unter Zustimmung der Reichskommissare sind mit Wirkung vom 1. Februar ab die Kontingente der Zigarren-, Rau- und Schnupftabakhersteller von 50 auf 40 Prozent herabgesetzt, bei Tabaksherstellern von 50 auf 40 Prozent herabgesetzt.

:: Neben die kommenden Reichsteuern wird nunmehr in Bälde etwas zu erfahren sein. Eine Besprechung der Finanzminister der Einzelstaaten hat stattgefunden. Sie hat sich nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ mit dem nächstjährigen Reichshaushalt befaßt. Das halbsamstliche Blatt stellt fest, daß wiederum volle Übereinstimmung in der Beurteilung der Gesamtlage erzielt wurde. — Nach früheren Andeutungen des Reichsschatzsekretärs Graf Roederer ist eine umfassende Erhöhung der Steuern zu erwarten.

Ob die Kriegsgewinnsteuer, aus der England z. B. 3 Milliarden zieht, erheblich verschärft werden wird, steht dahin.

:: Sozialdemokratie gegen Unabhängige. Im Groß-Berliner Wahlkreis Niederbarnim haben die Unabhängigen Sozialdemokraten für den verstorbenen Abg. Stadthagen den Schriftsteller Dr. Rud. Breitscheid aufgestellt. Die offizielle Sozialdemokratie stellt diesem die Kandidatur eines Gewerkschaftsführers Wiffel entgegen. Stadthagen hatte in dem Wahlenwahlkreis 92 559 Stimmen erhalten. Die Volkspartei hatte 13 000 Stimmen, das Zentrum 2400, der Pole 600. Die Sozialdemokraten arbeiten auf beiden Seiten mit äußerstem Hochdruck.

:: Gegen die Lederbewirtschaftung sind im bayerischen Landtage scharfe Anträge erhoben worden. Insbesondere sei eine ungeheure Schädigung des knappen Materials durch die jetzige Art und Weise der Verarbeitung festzustellen. So wurde ein Gerbstoff Keradol verwendet, dessen amtlich begutachtete Anwendung das Leder so brüchig machte, daß es unter den Fingern zerfiel. Auch heute würden von diesem Mittel 10 Prozent den anderen Gerbstoffen beigemischt. Mit den zur Lederbereitung notwendigen Fetten werde ein unerhörtes Wucher getrieben. Die Gerbereien bezögen das Öl durch die Abheilung der Kriegselektrolyt-Gesellschaft für Öle und Fette und müßten für das Pfund Fett, das im Einkauf nur eine Mark kostete, acht bis neun Mark bezahlen. Eine ungeschickte Preispolitik habe dazu geführt, daß trotz überreichen Einfalles von Gerbereien viele Gerbereien sich überhaupt nicht eindecken könnten. Dabei sei für 1918 wieder ein Gerbstoffmangel zu befürchten. Trotzdem sei man in der Kriegselektrolyt-Gesellschaft allen sachkundigen Vorschlägen gegenüber unzugänglich. Die deutsche und die bayerische Lederindustrie legen vor

allem Wert darauf, Einblick in die Finanzverhältnisse der Gesellschaft zu bekommen und vor allem Aufklärung über die Verwendung des sogenannten fünfprozentigen Sicherheitsfonds zu erhalten.

:: Emissarisches Verhalten zu Deutschland. Wie aus Kolmar gemeldet wird, erklärte in der Eröffnungssitzung des Bezirkstages für das Oberelsaß der Präsident Abg. Dr. Kistlin, es müsse immer wieder betont werden, daß der Bezirk Oberelsaß deutscher Boden und die Oberelsässer deutsche Staatsbürger seien.

Ungarn: Kriegsanleihe.

Das Ergebnis der siebenten ungarischen Kriegsanleihe übersteigt nach den endgültigen Feststellungen 3600 Millionen Kronen — zirka 3 Milliarden Mark. Die durch die bisherigen ungarischen Kriegsanleihen aufgebrauchte Summe beträgt damit über 15 Milliarden. Der König hat aus Anlaß des glänzenden Ergebnisses der Kriegsanleihe an den Ministerpräsidenten Bekerle ein sehr herzliches Dankschreiben gerichtet.

Spanien: Englands Treibereien.

Die englische Presse erfreut sich an folgenden Neutermedlungen: Gerüchtelei verläutet, daß in Barcelona ohne vorherige Warnung wegen Lebensmittelsteuerung ein Generalstreik ausgebrochen ist. Aus Barcelona, dem gefährlichen Anarchistenherd in Nordspanien, meldet man lärmende Kundgebungen aus demselben Grunde. Theater, Kaffeehäuser und Konzerthäuser wurden von der Menge angefallen. Die Menge drang in die Lokale ein und plünderte und zerstörte die Einrichtung. Zahlreiche Personen wurden verhaftet und verwundet. Es verläutet, daß am Montag der Generalstreik erklärt werden wird. Auch aus anderen Städten wurden Unruhen wegen der Lebensmittelsteuerung gemeldet. — England betreibt diese „Unruhen“ mit großen Geldmitteln, um sich die spanische Regierung gefügig zu machen. Gerade in diesem Augenblicke sind Unruhen ihr willkommen, weil es jetzt eine Abordnung nach Spanien geschickt hat zum Abschluß eines Wirtschaftsvertrages.

Volkswirtschaftliches.

3 Die Rüben kommen. Der in Rimbisch erscheinende „Landmann“ enthält folgendes Inserat: Wir sind von der Regierung beauftragt, 20 000 Zentner Rüben sofort anzukaufen. Wir dürfen 1 Mark über den Höchstpreis, also 2 Mark pro Zentner, zahlen und bitten um sofortiges Angebot. Gebrüder Ehrenberg, Rimbisch. Auch von anderer Seite wird bestätigt, daß unsere Ernährung in den nächsten Monaten wieder auf Rüben zurückgreifen muß. Auf Rüben verwiesen werden in erster Linie jene Haushalte, die zu viel Kartoffeln verbraucht haben. Interessant ist in dieser Beziehung eine Erhebung der Stadt Dortmund. Diese ergab, daß etwa 75 Prozent der kontrollierten Familien sich im Verbrauch an die vorgeschriebene Wochenration von 7 Pfund pro Kopf gehalten hatten. 15 Prozent hatten die Sache schon weniger ernst genommen und darauf los verbrochen, ohne indessen das ganze Quantum schon aufgefressen zu haben. 10 Prozent dagegen hatten ohne Rücksicht

auf alte Maximen solange von den Kartoffeln gegessen, wie welche im Keller waren, und stehen nun ohne Kartoffeln da, obwohl sie mit der verbleibenden Menge noch viele Wochen hätten reichen müssen. Die Stadt wird die Leichtsinnigen natürlich nicht verhungern lassen; die Familien müssen sich eben mit Rüben abfinden.

3 Berlin, 14. Jan. Die anscheinend bevorstehenden wichtigen politischen Entscheidungen, nicht minder aber die den Verkehr führenden Bitterungsverhältnisse trugen dazu bei, das Börsengeschäft empfindlich einzuschränken und einen abträglichen Einfluß auf die Stimmung auszuüben. Verhältnismäßig gehalten war ein Teil des Montangebietes.

3 Berlin, 14. Jan. Warenhandel. (Nichtamtlich.) Saatweizen 20,50—22,50, Saatroggen bis 22,50, Saatgerste 20,50—22,50, Saathafer 20,50—22,50, Saaterbsen 41,25, Saatschoten 46,75, Ackerbohnen 38,50, Beluschten 38,50, Widen 55, Spörgel 140, Schilfrohr 1,60, Heidekraut, lose, auf Abladung bis 3,60. Nichtrelle für Saatgut: Rotklee 260—276, Schwebenklee 210—228, Weißklee 160—176, Inlarnatklee 118—132, Weißklee 96—106, Limotte 96—106, Knaulgras 108 bis 120, Heugras 108—120 für 50 Kilo ab Station. Hegelestroh 4,75—5,25, Preßstroh 4,75, Maschinestroh 1,00—4,25.

Berschleppung der Friedensverhandlungen.

Aus Brest-Litowsk liegt ein sehr langer Bericht vor über die am 11. und 12. Januar gepflogenen Kommissionsverhandlungen über das

Selbstbestimmungsrecht von Polen, Litauen und Kurland.

In diesen Verhandlungen hat sich gezeigt, daß die Russen Entscheidungen tatsächlicher Natur aus dem Wege gehen und immer von neuem über theoretische Fragen reden.

Die Vertreter der Mittelmächte erklären, daß sie Polen, Litauen und Kurland schon heute nicht mehr als zum russischen Reich gehörig betrachten. Sie zeigten sich auch gewillt, Vertreter dieser Völker zu den Friedensverhandlungen zuzulassen. Trotz, der den letzteren Gedanken zunächst angeregt hatte, ließ ihn hernach fallen. Die Russen stellten sich auf den Standpunkt, daß die ehemals russischen Grenzgebiete das Recht haben selbst zu bestimmen, von wem und wie sie später regiert werden wollen, daß es aber unzulässig sei, die von den Deutschen mitgeteilten Abstimmungen als vollwertig zu behandeln, da sie nur von einzelnen unter deutschem Einfluß stehenden Volkschichten ausgegangen. Die Russen verlangten weiter von Deutschland und Oesterreich-Ungarn eine kategorische Versicherung, daß sie diese Gebiete nicht annectieren und auch nicht zu Grenzkorrekturen benutzen wollen. Weiter verlangten sie bestimmte Erklärungen für die Vornahme der Volksabstimmungen und die vorläufige Verwaltung dieser Länder.

Gegen die russischen Ansprüche

erhob sich der deutsche Militärbevollmächtigte General Hoffmann und führte aus:

„Ich muß zunächst gegen den Ton dieser Vorfälle protestieren.“

Die russische Delegation spricht mit uns, als ob sie siegreich in unserem Lande stünde und uns Bedingungen diktieren könnte. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Tatsachen entgegengesetzt sind — das siegreiche deutsche Heer steht in ihrem Gebiet.

Ich möchte dann feststellen, daß die russische Delegation für die besetzten Gebiete die Anwendung eines Selbstbestimmungsrechts der Völker in einer Weise und in einem Umfange fordert, wie es ihre Regierung im eigenen Lande nicht anwendet.

Ihre Regierung ist begründet lediglich auf Macht und zwar auf Macht, die rücksichtslos mit Gewalt jeden anders Denkenden unterdrückt. Jeder anders Denkende wird einfach als Gegenrevolutionär und Bourgeois vogelfrei erklärt. Ich will diese mein Ansichts nur an zwei Beispielen erläutern.

In der Nacht vom 30. zum 31. Dezember wurde der erste weißrussische Kongreß in Minsk der das Selbstbestimmungsrecht des weißrussischen Volkes geltend machen wollte, von den Maximalkisten durch Bajonett und Maschinengewehre auseinander gejagt.

Aus die Ukrainer das Selbstbestimmungsrecht geltend machen, stellte die Petersburger Regierung ein Ultimatum und versuchte, die Erzwingung ihres Willens mit Waffengewalt durchzusetzen.

Sobiel aus den mir vorliegenden Fundstücken hervorgeht, ist der Bürgerkrieg noch im Gange.

So stellt sich die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch die maximalistische Regierung in der Praxis dar.

Die deutsche Oberste Heeresleitung muß deshalb eine Einmischung in die Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen.

Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihren Wunsch der Loslösung von Rußland bereits klar und unzweideutig Ausdruck gegeben.

Von den wichtigsten Beschlüssen der Bevölkerung möchte ich folgende hervorheben:

Am 21. September 1917 erbat die kurländische Landesversammlung, die sich ausdrücklich als Vertreterin der Gesamtbevölkerung Kurlands bezeichnete, den Schutz des Deutschen Reiches.

Am 11. Dezember 1917 proklamierte der litauische Landesrat, der von den Litauern des In- und Auslandes als einzig bevollmächtigte Vertretung des litauischen Volkes anerkannt ist, den Wunsch der Abtrennung von allen staatlichen Verbindungen, die bisher mit anderen Völkern bestanden haben.

Am 27. Dezember 1917 sprach die Stadtverordnetenversammlung in Riga eine ähnliche Bitte an das Deutsche Reich aus. Diefem Antrage haben sich die Rigaer Kaufmannskammer, die Große Gilde, die Vertreter der Landesbevölkerung sowie 70 Rigaer Vereine angeschlossen.

Schließlich haben im Dezember 1917 auch die Vertreter der Ritterschaft der ländlichen, städtischen und kirchlichen Gemeinden auf Oesel, Dagoe und Moon in verschiedenen Erklärungen sich von ihren bisherigen Bestrebungen losgesagt.

Alle diese Völkchen besitzen keine Verwaltungsorgane, keine Organe der Rechtspflege, keine Organe des Rechtshanges, keine Eisenbahnen, keine Telegraphen, keine Post. Alles dies ist deutscher Besitz und in deutschem Betriebe. Auch zur Errichtung eines eigenen Volkshoers oder einer Miliz sind die Völker mangels geeigneter Organe in absehbarer Zeit nicht in der Lage.

Die Verhandlungen verlagert.

Nach dieser Erklärung wurden die Verhandlungen abgebrochen, um den Mittelmächten Gelegenheit zu geben, im Einzelnen auf die russischen Forderungen zu antworten.

Wir wollen nicht annectieren.

In den Verhandlungen in Brest-Litowsk ist auch während der letzten Sitzungen zum Ausdruck gekommen, daß wir keine gewalttätigen Landerverbünde aufstehen, sondern nur einen dauernden und sicheren Frieden. Wir glauben auch heute noch, daß trotz der russischen Schwierigkeiten das Ziel erreicht werden kann.

Die Russen werden mit ihrer neuen Verhandlungsform mit solchen Methoden keine Seide spinnen. Die deutschen Unterhändler werden sie mit ihren tatsächlichen Absichten nicht in die Irre führen, während die Angehörigen ihres eigenen Volkes, namentlich der immer kühneren nach Hause verlangenden Soldaten, den so entstehenden Zeitverlust nur schwer ertragen könn.

Die allgemeine Wahlrechtsdebatte.

Das Tage lang hat nun schon der Ausschuß des Abgeordnetenhauses für die Wahlrechtsvorlagen die allgemeine Debatte gepflogen und die Fortsetzung dann auf nächsten Donnerstag vertagt.

Neue Gesichtspunkte kamen am Montag in der Beratung nicht zur Geltung. Minister Dr. Friedberg befragte sich über die unfreundliche Behandlung durch seine nationalliberalen politischen Freunde und sagte zur Polenfrage, die Regierung wisse, daß eine Folge des gleichen Wahlrechts für den Osten die starke Vermehrung der polnischen Abgeordneten sein werde. Das sei nicht erfreulich, aber auch das von den Nationalliberalen gewünschte Pluralwahlrecht würde dies nicht ändern. Das Regierungsprogramm für den Osten sei: das Polentum nicht belästigen, aber das Deutschum fördern. Entschiedenem Einspruch erhob ein konservativer Redner gegen das an Volkserrat grenzende Auftreten des polnischen Redners in der Sonnabenditzung; auch ein Volksparteier bezeugte dessen Verhalten als empörend. Minister Dr. Drews sagte zur Polenpolitik: nur die

Unterdrückungsmaßnahmen sollten eingeschränkt werden.

Zur Frage der Verhältniswahl äußerte er, sie widerspreche nicht den Grundsätzen, auf die die Regierung entscheidenden Wert lege. Gegenüber den von konservativer und freikonservativer Seite erneut geäußerten schädlichen Wirkungen der Wahlreform erklärte der Minister, die Regierung wisse sehr wohl, daß unter dem gleichen Wahlrecht Schwierigkeiten bei der Durchführung der verschiedensten politischen Maßnahmen eintreten würden, aber sie sei überzeugt, daß der Drang nach dem gleichen Wahlrecht in Ost so stark sei, daß sein Versagen unser innerstes Staatsleben schwer gefährden müsse.

Vom Zentrum wurde mitgeteilt, es sei dagegen zunächst die Herrenhausreform zu beraten. An sich ist es einerlei, womit die Beratung begonnen werde, aber die Agitation im Lande werde unnötig neue Rührung erhalten, wenn man die Herrenhausreform vorweg nehme. Auch ein Teil des Zentrums werde von dieser Reform die Stellungnahme zum ganzen Gesetz abhängig machen. Weiter betonte dieser Redner die Befürchtung, das gleiche Wahlrecht könne die konfessionelle Volkschule gefährden, wie dies auch schon von konservativer Seite hervorgehoben war. Ein Volksparteier verwies, um diese Befürchtung abzuweisen, auf die Verhältnisse in den nordischen Ländern und in der Schweiz.

Gerichtssaal.

3 Wegen Befundung deutschfeindlicher Gesinnung verurteilt. Das Kriegszustandgericht in Bromberg verurteilte den Fleischer August Weß aus Berlin wegen Befundung deutschfeindlicher Gesinnung zu sechs Wochen Gefängnis. Der Verurteilte wurde sofort in Haft genommen.

Letzte Nachrichten.

Gegen den König von Rumänien.

Ans Jassy werden entscheidende Kämpfe gemeldet, die auf den Sturz der Regierung Bratianu und die Abdankung des Königs hinielen.

Griechenland verweigert Soldaten.

Aus Athen kommen Meldungen, wonach der Versuch des Beniselos, griechische Truppen zum Frontdienst zu gewinnen, gänzlich gescheitert sind. Sogar die Kreter, die sonst Beniselos sehr ergeben sind, lehnten ab.

Frankreichs sichtbare Kriegsoffer.

Eine amerikanische Zeitschrift erklärt: Frankreich hat sich weiß geblutet. Das Volk hat gelitten, wie wenige Völker. 500 000 Leute wurden im Kriegeschwindsüchtig. 1 100 000 Menschen starben im letzten Jahre in Frankreich und nur 300 000 Kinder wurden geboren.

Landtagswahlwahl.

Bei der Landtagswahlwahl im Wahlkreis Koblenz — St. Goar entfielen sämtliche abgegebenen 417 Stimmen auf Verbandsdirektor Dr. Lewes-Offen (Zentrum). Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Lozales und Provinzielles.

*** Rundgebung an den Reichskanzler.** In einer am Sonntag in Wiesbaden stattgefundenen Sitzung des Gesamtvorstandes des Landesvereins Nassau der deutschen Vaterlandspartei wurde einstimmig beschlossen, folgende Rundgebung dem Reichskanzler telegraphisch zu übermitteln: „Seiner Excellenz dem Reichskanzler, Berlin. Der heute in Wiesbaden versammelte Gesamtvorstand des Landesvereins Nassau der Deutschen Vaterlandspartei spricht Ihrer Excellenz seine Zustimmung aus zu den kraftvollen, im Hauptaufschuß des Reichstages gesprochenen Worten. Er erwartet demgemäß von den Friedensverhandlungen im Osten eine unbedingte militärische Sicherung unserer Grenzen, ausreichendes Siedlungsland für unser Volk u. starken Schutz unserer wirtschaftlichen Interessen. Im Westen kann gegenüber den letzten Rundgebungen der leitenden feindlichen Staatsmänner der deutsche Friede nur erreicht werden, durch den Sieg unserer Waffen der die flandrische Küste als Flottenstützpunkt sichert. Deshalb vertraut der Vorstand fest darauf, daß der Unterseeboottkrieg durch seine politische Rücksicht eingeschränkt bis zum Endstiege durchgeführt wird. Wir hegen die feste Zuversicht, daß Ihre Excellenz nur in Übereinstimmung mit unseren großen Führern Hindenburg und Ludendorff einen deutschen Frieden abschließen werden. Für den Gesamtvorstand: Der 1. Vorsitzende: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Heinrich Friesenhaus. Der Geschäftsführer: Bernhard Grothus, Hauptschriftleiter.“

Die Nass. Sparkasse hat für das Jahr 1917 eine Zunahme des Einlagenbestandes von 42 Mill. Mark zu verzeichnen. Die Einlagen haben damit 200 Mill. Mark überschritten. Während die Ansammlung der ersten Million 88 Jahre in Anspruch nahm, vollzog sich die Erreichung der weiteren 100 Mill. M. in nur 8 Jahren. Die Kriegsjahre 1914—17 brachten eine Zunahme von 61 Mill. M. wobei zu beachten ist, daß 90 Mill. Einlagen zur Zeichnung auf die 7. Kriegsanleihe verwandt wurden. Ein glänzendes Zeugnis von der wirtschaftlichen Kraft unseres Reg.-Bezirks.

Für tapferes Verhalten vor dem Feind wurde dem Garde-Grenadier Hans Garet, Sohn des Rechnungsrates Garet aus Biebrich die Hohenzollernsche silb. Verdienstmedaille mit Schwertern verliehen.

* Zu der vom Kriegsamte im Januar 1917 herausgegebenen Zusammenstellung von Gefallen, Bestimmungungen und Verfügungen betr. Kriegserblosse nebst deren Nachträgen usw. ist das 5. Ergänzungsblatt nach dem Stande vom 1. Nov. 1917 erschienen. Dieses Ergänzungsblatt wird kostenlos durch die Stellen abgegeben durch welche die Zusammenstellung bezogen worden ist. Mit dem 5. Ergänzungsblatt werden die Nachträge zu der Zusammenstellung vom 1. Jan. 1917 abgeschlossen. Eine neue Zusammenstellung deren Erscheinen in den Mitteilungen des Kriegsamtes und Presse bekanntgegeben wird, wird nach dem Stande vom 1. Jan. 1918 herausgegeben.

Irrelicht.

Sie nahm das zierliche Instrument, das über dem Klavier hing, von der Wand, zog sich das „grüne Lautenband“, welches in diesem Falle aber von azurblauer Färbung war, über die Schulter, begann zu der gedämpften Begleitung des Klaviers eine Barcarole zu spielen. Redwitz wunderte sich über die Fingerfertigkeit, mit der sie das Instrument handhabte, mehr aber noch über ihre Vorliebe für ernste, schwermütige Musik. Sie war ihm bisher stets als das verführerische Lächeln erschienen und er hatte nicht gedacht, daß ihr fröhlicher Geist auch eine andere Stimmung als die der Heiterkeit zuliehe.

Doch hatte seiner eine grausame Enttäuschung. Als Donna Inez geendet, gab sie ihren Partner einen Wink, aufzuhören, wartete aber den üblichen Applaus gar nicht ab, sondern ging allsogleich in einen bekannten italienischen Gassenhauer über, zu dem sie selbst auf der Mandoline die begleitenden Akkorde griff. Dabei bligten ihre Augen vor Uebermut, und der Refrain, den sie lustig herausstrahlte, glich mehr einem reizenden Lachen, als einem Gesang. Es war wie eine Aufforderung, zur Heiterkeit zurückzukehren, und die Gesellschaft kam dieser Aufforde-

rung mit großer Bereitwilligkeit nach, indem einige schmetternd in den Gesang einstimmten, während die übrigen ihre unterbrochene Konversation mit verdoppeltem Eifer fortsetzten.

„Nun, was sagen Sie zu dem Schluß? Großartig, nicht wahr?“

Donna Inez hatte die Mandoline an ihrem früheren Platz gebracht und war also fragend, das Gesicht noch glühend vom Eifer des Spiels und kindlicher Ausgelassenheit, zu Redwitz getreten.

„Ich bin entzückt!“, entgegnete dieser. Erst dieses seelenvolle Lied, dann die nicht minder ergreifende Barcarola und zum Schluß ein Gassenhauer. Fast möchte ich es eine Vögelstimme nennen, durch welche Sie uns absichtlich den gebannten Gemütsgründlich verberben wollten.“

Donna Inez schüttelte lachend das Haupt.

„Für Sie mag es eine Vögelstimme gewesen sein, für die andern war es eine Erlösung. Ich sagte Ihnen ja, daß wir Südländer nie lange einer Nahrung standhalten. Haben Sie Sennora Sollorgano beobachtet, wie sie, während ich sang, nördlich an ihrem Taschentuche zupfte, oder Dolores, welche so starr vor sich hinstarrte, als sähe sie den Geist ihres verstorbenen Vaters auf sich zukommen? Und doch hat ihnen mein Lied gefallen, gewiß, aber für dies wonnige „Sichverfehlen“ in anderer Schmerzen, wie es die Deutschen so leicht zuwege bringen, fehlt ihnen ganz entschieden das Talent, und sie sind alle froh, wenn man das peinliche Gefühl, das durch etwas Lustiges wieder verschwindet. Ich für meinen Teil liebe ernste Musik, aber ich lache auch gerne. Sie werden sich an diese Art Auffassung gewöhnen müssen, Monsieur Max.“

„Der so viel Gefühl in seine Stimme zu legen vermag, der hat auch Gefühl!“, bemerkte Redwitz. „Niemand hätte das jarte Liebeslied inniger vortragen können, als Sie es getan haben, Sennora.“

„Ja, es ist ein herrliches Lied“, wie sie. „Man kann es nicht singen, ohne das zu fühlen, was es enthält, oder aber, wenn man es nicht zu fühlen versteht, soll man es

überhaupt nicht singen.“

In diesem Augenblick trat der Diener mit einem Präsentierblech, auf welchem hohe Reichstaler standen, heran. „Sie nehmen doch ein Glas Champagner, Monsieur Max?“ fragte Donna Inez. Und während sie selbst einen der dünnen Reiche zwischen ihre zarten Finger nahm, sagte sie:

Dolores wird uns später auf dem Klavier ein Stück zum besten geben. Sie besitzt eine vollendete Technik und ihre Geläufigkeit ist fast virtuos zu nennen. Ich bin begeistert, Ihr Urteil zu hören. Man sagt, die Deutschen wären Meister im Klavierspiel, doch hoffe ich, Sie zu überzeugen, daß auch bei uns die Kunst nicht schläft. Auf Wiedersehen indessen.“

Sie stellte das geleerte Glas auf das Brett zurück und suchte nach einem freundlichen Nicken an Redwitz vorüber.

Eine Minute später sah er sie in eifrigem Gespräch mit der Dame, welche die Gewohnheit hatte, während eines Liebesvortrags ihr Taschentuch zu zerpupfen. Während er überlegte, ob er sich in den Kreis der Damen begeben sollte, um sich womöglich bei ihnen in Gunst zu setzen, oder ob es nicht weniger ermüdend und gleichzeitig amüsanter sei, wenn er sich den beiden Künstlerinnen zugesellte, sah er plötzlich Don Braganca auf sich zukommen. Redwitz vermutete, und dies nicht ohne Grund, eine feindselige Absicht, deren Ursache er in der früher erwähnten Szene suchen zu müssen glaubte. Don Braganca schien aber eine solche Absicht gänzlich ferne zu liegen, er war vielmehr äußerst liebenswürdig und entwickelte eine glänzende Unterhaltungsgabe, so daß Redwitz seinen Verdacht bald fallen ließ und auf die Fragen desselben bezüglich seiner Heimat und den fremden Verhältnissen, in denen er sich momentan befand, bereitwillig Auskunft gab. Nachdem sie eine Weile anscheinend im besten Einvernehmen geplaudert, wurde ihnen durch das Erscheinen Donna Dolores, welche, ihnen vorübergehend, an den Flügel trat, Schweigen geboten. Die stolze Spanierin, über deren musikalische Leistungsfähigkeit nur ein Urteil herrschte, war ihrer Aufgabe offenbar vollkommen sicher. In ihrem blauen, regelmäßigen Gesicht war nicht die leiseste Aufregung zu erblicken und ihre Bewegungen, als sie sich den Stuhl zurechtstülpte und das Notenheft aufschlug, zeugten von einer solchen unerschütterlichen Ruhe, daß mancher Debutant sie darum beneiden haben würde. Don Beta, der Komponist, schlich neugierig herbei und versuchte, so nahe als möglich an den Flügel zu gelangen.

„Sie haben die Sennora noch niemals spielen gehört?“, wandte er sich im Flüsterwort an Redwitz. „O, sie spielt vortrefflich. Sie werden entzückt sein.“ Dabei fuhr er sich begeistert durch seine etwas zerzaute Künstlermähne.

„Nun, und Sie selbst werden uns doch auch den Gemüts bereiten. Sie zu hören?“ fragte Redwitz.

Fortsetzung folgt

Wiesbadener Theater.

Königliches Theater.

Mittwoch, 16. Auf. Ab. Volksprelle. Judith. 6 Uhr.

Donnerstag, 17. Ab. A. Hoffmanns Erzählungen. 6 Uhr.

Freitag, 18. Ab. C. Zum ersten Male. Die Straße nach Stetnach. 6 Uhr.

Residenz-Theater, Wiesbaden.

Mittwoch, 16. 4 Uhr. Halbe Br. Meister Pinkepank. 7 Uhr. Wenn im Frühling der Holunder! 8 Uhr.

Donnerstag, 17. Das Extemporale. 7 Uhr.

Freitag, 18. Kammerspiele. Der Weibsteufel. 7 Uhr.

Kurhaus Wiesbaden.

Konzerte in der Kochbrunnenanlage täglich an Wochentagen 11, Sonn- und Feiertags 11½ Uhr.

Mittwoch, 16. 4 Uhr. Im Abonn. Militär-Konzert. 8 Uhr. Kammerkonzert.

Donnerstag, 17. 4 und 8 Uhr. Abonnem.-Konzert des Kurorchesters.

Freitag, 18. 7½ Uhr. 7. Cyclus-Konzert.

Samstag, 19. 4 und 8 Uhr. Abonn.-Konzert d. Kurorch.

Bekanntmachungen.

Gemeindevertreterversammlung.

Zu der von mir auf **Donnerstag den 17. Jan. cr. nachmittags 8 Uhr** im Rathause zu Wiesbaden anberaumten Sitzung der Gemeindevertretung lade ich die Mitglieder der Gemeindevertretung und des Gemeinderats ein und zwar die Mitglieder der Gemeindevertretung mit dem Hinweise darauf, daß die Nichtanwesenden sich den gefaßten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. Punkt 1, 3, 4 und 5 betrifft Gesuche.
2. Betr. Genehmigung der am 10. Dez. 1917 im Distrikt Wellborn Nr. 8 abgehaltenen Holzversteigerung.
3. Betr. Anderweite Beschlußfassung über die Erhebung von Gebühren für die Abfuhr von Fäkalien.
4. Betr. Feststellung der Gemeinderrechnung pro 1915 u. Erteilung der Entlastung des Gemeinderats und des Gemeinderrechners.
5. Betr. Genehmigung zu der in Titeln 12, 14, 15, 17, 21 pro 1915 vorgelassenen Ueberschreitungen der im Rechnungsvoranschlag für 1915 vorgegebene Ausgabeposten der Gemeinderrechnung.
6. und 10. Betr. Genehmigung der am 7. Jan. 1918 im Distrikt Wellborn Nr. 9 und Rainchen Nr. 5 abgehaltenen Holzversteigerung.

Wiesbaden, den 15. Januar 1918.

Der Bürgermeister. Hofmann.

Die Kohlenkarte Nr. 848 lautend auf den Name **Carlste Paul** ist angeblich verloren gegangen und wir hiermit für ungültig erklärt. Der evtl. Finder wird aufgefordert die Karte im Rathaus abzuliefern.

Wiesbaden, 15. Januar 1917.

Der Bürgermeister. Hofmann.

Am Freitag, 18. Jan. cr. von 2 Uhr ab findet die Ausgabe von Kohlen am Rathaus hier statt. Da mit dem Bestand geräumt werden soll, findet die Abgabe ohne Rücksicht auf Vorherbestellung an Jedermann statt. Wiesbaden, den 15. Januar 1918.

Der Bürgermeister. Hofmann.

Das im vergangenen Jahre beobachtete außerordentliche starke Auftreten der Raupen läßt zur Verhütung einer Obstmisere im nächsten Jahre die g. ländliche Bekämpfung dieser Schädlinge unbedingt notwendig erscheinen.

Die Besitzer und Pächter von Obstbäumen werden deshalb aufgefordert, die Raupen durch Verbrennen der jetzt gut sichtbaren Nester mit Petroleum oder Spiritus-Lappen bis zum 28. Febr. zu vernichten.

Wer dieser Aufforderung nicht oder nicht ordnungsgemäß nachkommt, hat die Ausführung der Arbeiten durch einen Dritten auf seine Kosten zu gewärtigen.

Mittwoch, 16. Jan., nachm. 5 Uhr findet die Einteilung der Feuerwehrgesellschaften in der alten Schule in der Schulstraße und zwar in 1. Stock rechts vom Eingang statt. Zu dieser Einteilung haben zu erscheinen, alle männlichen Personen der Jahrgänge 1868 bis 1900 u. alle Führer und Mitglieder der freiw. Feuerwehr. Anmelden sind anzulegen.

Wer nicht oder nicht pünktlich erscheint, ist Geldstrafe bis zu 9 Mk. evtl. entsprechende Haft zu gewärtigen.

Wiesbaden, den 12. Januar 1918.

Der Bürgermeister. Hofmann.

Der Oberbrandmeister. J. Florreich.

Allgemeine Ortskrankenkasse II Wiesbaden.

Mit Genehmigung des Rgl. Oberversicherungsamts und unter Zustimmung des Rgl. Versicherungsamts zur Einführung der Mehrleistungen treten mit Wirkung vom 1. Januar 1918 ab folgende Satzungsänderungen in Kraft:

Die seitherige V. Stufe grenzt ab mit einem Tages- Arbeitsverdienst von Mk. 4.40. Neugebildet werden eine VI. Lohnstufe bis einschl. Mk. 5.40 und eine VII. Lohnstufe von Mk. 5.41 und mehr. Der Grundlohn für die VI. Stufe ist auf Mk. 5.— und für die VII. Stufe auf Mk. 6.— festgesetzt. Der Wochenbeitrag beträgt in Stufe VI Mk. 1.35 und in Stufe VII Mk. 1.62.

Das Krankengeld wird für die Versicherten, welche nach § 32 II Anspruch auf Mehrleistungen haben, auf 80% des Grundlohnes erhöht und auch für die Sonn- und Feiertage mitgezahlt.

Wiesbaden, den 6. Januar 1918.

Der Kassenvorstand.

R. Winter, stellvertretender

Vorsitzender.

Gedenket der hungernden Vögel!



Krieger- und Militär-Berein.
Wiesbaden.

Unsere diesjährige

ordentliche Generalversammlung

findet am 28. Februar d. Js. bei Kamerad Karl Klein, zur Stadt Wiesbaden abends 1/8 Uhr statt. Es werden die Kameraden, die noch hier anwesend sind gebeten, sich recht recht zahlreich einzufinden.

Der Vorstand.

Kerzen

soeben eingetroffen.

F. Zimmermann, Wiesbaden,
Kirchgasse 29

Ein großes Käse- oder Einiegeschwein gesucht. Blumenstr. Nr. 6.

Ein braver Junge wird in die Lehre gesucht. Ludwig Roth, Gärtnerei, besitzer.

Zu vermieten! Eine Wohnung (3 Zimmer mit Zubehör). Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Jtg.